

Universität Bern
Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät
Institut für Politikwissenschaft

Ideologische Orientierung der Schweizer Lokalparteien

eine Analyse der Homogenität der Bundesratsparteien

Seminararbeit im Rahmen des Seminars
<Politische Parteien im Wandel - Lokalparteien> SS 2003

eingereicht bei Prof. Dr. Andreas Ladner am 30. September 2003

Kathrin Bertschy, Kirchfeldstrasse 15, 3613 Steffisburg
(99-106-304), 033 222 90 04, kbertschy@student.unibe.ch

Barbara Gammenthaler, Lindimattweg 15, 3652 Hilterfingen
(99-106-478), 033 243 21 53, b.gammenthaler@student.unibe.ch

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung.....	4
2	Problematik der Links-rechts-Orientierung	5
3	Operationalisierung	8
4	Analyse der ideologischen Orientierung und parteiinterne Homogenität.....	11
4.1	Kantonale Unterschiede	11
4.1.1	Kantonale Verankerung der Parteien	11
4.1.2	Links-rechts-Positionierung	12
4.1.3	Parteiinterne Unterschiede in politischen Sachfragen.....	15
4.1.3.1	Sozialdemokratische Partei (SP)	16
4.1.3.2	Freisinnig-Demokratische Partei (FDP)	17
4.1.3.3	Christlich-Demokratische Volkspartei (CVP).....	19
4.1.3.4	Schweizerische Volkspartei (SVP).....	20
4.2	Analyse der Heterogenität auf gesamtschweizerischer Ebene anhand verschiedener Hypothesen.....	21
4.2.1	Ausgangslage	21
4.2.2	Hypothesen.....	23
4.2.3	Resultate	25
5	Fazit.....	33

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Positionswerte auf der Links-rechts-Skala in 12 Kantonen und der Schweiz	13
Abbildung 2: Vergleich der berechneten Positionierung mit der Selbsteinschätzung der Parteipräsidenten	26
Abbildung 3: Standardabweichungen bei der Positionierung auf der Links-rechts-Achse nach Partei und Parteiensystem.....	29
Abbildung 4: Standardabweichungen bei der Positionierung auf der Links-rechts-Achse nach Partei und Gemeindegrösse.	30
Abbildung 5: Positionierung auf der Links-rechts-Achse nach Partei und Gemeindegrösse.....	32

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Konstruktion der Links-rechts-Skala.....	9
Tabelle 2: Zustimmung in % zu verschiedenen Issues bei der SP nach Kantonen	16
Tabelle 3: Zustimmung in % zu verschiedenen Issues bei der FDP nach Kantonen	18
Tabelle 4: Zustimmung in % zu verschiedenen Issues bei der CVP nach Kantonen	19
Tabelle 5: Zustimmung in % zu verschiedenen Issues bei der SVP nach Kantonen	20
Tabelle 6 : Einstufung der Lokalsektionen zwischen links (-1) und rechts (+1).....	22
Tabelle 7: Positionierung der Lokalparteien auf der Links-rechts-Achse	25
Tabelle 8: Die Verortung der Lokalparteien auf der Links-rechts-Achse (Selbsteinschätzung der Parteipräsidenten).....	27

1 Einleitung

Es ist ein Charakteristikum der Schweizer Parteien, dass sich die Einstellungen der verschiedenen Kantonalparteien der gleichen Partei voneinander unterscheiden. So sind etwa die Zürcher Freisinnigen stärker wirtschaftlich orientiert als die Kantonalparteien der FDP in der Westschweiz. Oder in der SP unterscheiden sich die gewerkschaftlich orientierten Westschweizer Sektionen von den moderneren und post-materialistisch eingestellten Sektionen der Deutschschweizer Städte. Der bekannteste Konflikt mag aber immer noch jener zwischen der Zürcher und der Berner SVP sein, zwischen denen es immer wieder zu grösseren Differenzen kommt.

Diese innerparteilichen Meinungsverschiedenheiten sind zwar auf der Ebene der Kantonalparteien relativ gut erforscht, gerade auf lokalpolitischer Ebene aber immer noch ziemlich unbekannt.

Existieren diese Verschiedenheiten in der ideologischen Orientierung auch auf lokaler Ebene? Dieser Frage wollen wir in der vorliegenden Arbeit nachgehen. Wir möchten herausfinden, wie sich die Lokalsektionen einer Partei bezüglich ihrer ideologischen Einstellung unterscheiden, in welchen Sachfragen es Meinungsverschiedenheiten gibt und auch, wie gross diese sind.

In dem dieser Einleitung folgenden zweiten Kapitel gehen wir kurz auf die Problematik des Links-rechts-Schemas ein, auf das unsere späteren Berechnungen aufbauen. Im dritten Kapitel wird dann erörtert, wie die ideologische Orientierung der Lokalsektionen überhaupt gemessen werden soll und welche Variablen des Fragebogens wir hierfür verwenden. Kapitel 4 beinhaltet unseren empirischen Forschungsteil. Dabei werden im ersten Abschnitt die parteiinternen Unterschiede in der ideologischen Orientierung und die Homogenität der Parteien zuerst im kantonalen Kontext betrachtet. Im zweiten Abschnitt suchen wir dann nach Erklärungen für die Unterschiede anhand verschiedener Hypothesen.

Abschliessender fünfter Teil unserer Arbeit bildet ein kurzes Fazit, in dem unsere wichtigsten Resultate zusammengefasst und diskutiert werden.

2 Problematik der Links-rechts-Orientierung

Um die räumliche Entfernung von Parteien innerhalb eines Parteiensystems zu bestimmen, muss der in Realität mehrdimensionale politische Raum vereinfacht dargestellt werden können. Das bekannteste und vor allem in Bezug auf europäische Parteiensysteme verwendete ideologische Orientierungsschema ist die Links-rechts-Skala.¹

Die Begriffe 'links' und 'rechts' im politischen Sinne tauchten im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts auf.² Sie bezogen sich auf die Sitzordnung im französischen Parlament. Als 'Linke' wurde ursprünglich die liberale Partei bezeichnet, mit der 'Rechten' waren die konservativen Parteien gemeint. Seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts wurden dem Begriff 'links' vor allem die sozialistischen Parteien zugeordnet. Im Laufe der Zeit wurden allgemein diejenigen Parteien als 'links' bezeichnet, welche eine grundsätzlich positive Einstellung gegenüber dem sozialen Wandel in Richtung sozialer Gleichheit und Gerechtigkeit haben, fortschrittlich denken und sich durch Toleranz auszeichnen. In Gegensatz dazu wird eine rechte Einstellung heute meist mit einer bewahrenden Haltung gerade auch in Bezug auf den Nationalstaat gleichgesetzt. Seit der Industrialisierung wurde mit der Links-rechts-Dimension vor allem die Gegensätzlichkeit zwischen Arbeit und Kapital abgebildet. Diese ökonomische Konfliktlinie wich in den 80er Jahren der Spaltung bezüglich der damals aktuell gewordenen Umweltproblematik sowie anderen von den neuen sozialen Bewegungen geprägten Themen. Aus diesem Grund wurde in dieser Zeit auch an der Gültigkeit des Links-rechts-Schemas gezweifelt.³ Eine Problematik des Links-rechts-Schemas besteht also darin, dass die ökologische Komponente nicht berücksichtigt wird. Giddens beispielsweise ist der Meinung, dass die Begriffe 'links' und 'rechts' und die ihnen zugrunde liegenden traditionellen politischen Ideen nicht mehr ihre frühere Bedeutung haben. Dies liege daran, „dass sich das Verhältnis zwischen uns (als Individuen wie als Menschheit insgesamt) und der modernen sozialen Entwicklung gewandelt hat“⁴. Allerdings zweifelt Giddens nicht daran, „dass die Differenzierung in

¹ Vgl. Fuchs und Klingemann (1990).

² Die folgenden Ausführungen zur Herkunft der Begriffe 'links' und 'rechts' basieren auf Ladner und Brändle (2001), S. 268.

³ Vgl. Schaller (1994), S. 107.

⁴ Giddens (1997), S. 116.

Linke und Rechte in praktischen Zusammenhängen der Parteipolitik weiterhin existieren wird“⁵. Für Ronald Inglehart ist das Vordringen der postmaterialistischen Werte ausschlaggebend für die Veränderung der Politik und der Normen in den entwickelten Industriestaaten. Die traditionelle Links-rechts-Dimension weicht einer neuen Polarisierung zwischen materialistischen und postmaterialistischen Zielpräferenzen.⁶ Eine weitere Alternative zur Links-rechts-Skala ist eine Grün-antigrün-Dimension, welche die Ökologie-Orientierung widerspiegeln soll. Eine Untersuchung von Schaller⁷ beruht auf der Selbstverortung auf den beiden Skalen Links-rechts und Grün-antigrün durch Lokalparteipräsidentinnen und -präsidenten. Sie zeigt, dass zwischen den beiden Skalierungen eine hohe Korrelation besteht, dass diese also mehr oder weniger dasselbe abbilden. Ausnahmefälle rechts-grüner und links-antigrüner Lokalparteien sind lediglich auf kommunaler Ebene zu verzeichnen. Allerdings fällt die Polarisierung der Positionen auf der Grün-antigrün-Skala wesentlich geringer aus als auf der Links-rechts-Skala. Mit der Position 'antigrün' verbindet man häufig grundsätzlich negative Eigenschaften wie beispielsweise Verantwortungslosigkeit oder Ignoranz gegenüber der Umwelt. Aus diesem Grund wird sich kaum jemand an diesem Ende des Spektrums positionieren. Bezüglich der Umweltproblematik besteht der Konflikt vielmehr darin, wie eine Situation verbessert werden kann, und weniger, ob überhaupt Handlungsbedarf besteht. Auf der Links-rechts-Dimension gibt es keine vergleichbaren moralischen Gründe, die Position 'rechts' nicht einzunehmen.

Eine zweite Problematik der Links-rechts-Dimension besteht darin, dass sich das Verständnis der Bedeutung der Begriffe 'links' und 'rechts' von verschiedenen Personen nicht deckt. Fuchs und Klingemann befassten sich unter anderem mit dieser Thematik und führten im Rahmen ihrer Studie „The Left-Right-Schema“ Wählerbefragungen in den Niederlanden, den USA und in Westdeutschland durch. Als Messinstrumente dienten die Selbsteinschätzung auf der Links-rechts-Skala sowie offene Fragen bezüglich der Bedeutung der Begriffe 'links' und 'rechts'. Die Autoren kommen zum Schluss, dass sich insgesamt die Erwartung bestätigt, wonach das Links-rechts-Schema nur eine beschränkte Anzahl von Bedeutungen hat. Obwohl nicht alle Personen unter den Begriffen 'links' und 'rechts' das Gleiche verstehen, ist die Beg-

⁵ Giddens (1997), S. 335.

⁶ Vgl. Inglehart (1995), S. 90 u. 361.

⁷ Vgl. Schaller (1994), S. 107ff.

riffsvielfalt doch eingeschränkt.⁸ Zutreffend ist dies für die Niederlande und Westdeutschland. Ein beträchtlicher Teil der nordamerikanischen Bevölkerung hingegen kannte die Begriffe 'links' und 'rechts' schlecht, die Vielfalt an Bedeutungen ist hier grösser.

An dritter Stelle sei erwähnt, dass bei dem für diese Arbeit vorliegenden Datensatz die Frage nach der Selbsteinschätzung auf der Links-rechts-Skala zum Teil unbeantwortet blieb. Die Bereitschaft der befragten Parteipräsidenten, die Position ihrer Partei wie erwähnt einzuschätzen, war grundsätzlich hoch. Dennoch konnten oder wollten zahlreiche Präsidentinnen und Präsidenten kleinerer politischer Gruppierungen wie Ortsvereinen oder freien Wählerschaften ihre Organisation nicht auf der Links-rechts-Achse verorten. In einigen wenigen Fällen handelt es sich dabei auch um Lokalsektionen der grossen Parteien SP, FDP, CVP und SVP, welche die Frage nach der Selbsteinschätzung ihrer Positionierung unbeantwortet liessen.

Trotz den diskutierten kritischen Punkten lässt sich die Bedeutung der Links-rechts-Orientierung keinesfalls verneinen, wie dies unter anderen von Fuchs und Klingemann und Schaller belegt wurde.

⁸ Vgl. Fuchs und Klingemann (1990), S. 216.

3 Operationalisierung

Zur Messung der ideologischen Orientierung bieten sich verschiedene Möglichkeiten. Auf der einen Seite besteht die Möglichkeit, die Messung auf der Ebene der politischen Akteure durchzuführen, indem Wähler, Mitglieder, Parteiexponenten oder Experten bezüglich der Selbsteinschätzung oder der Einstellung zu sachpolitischen Themen befragt werden. Andererseits können die erforderlichen Daten auch aus Inhaltsanalysen von Wahl- und Parteiprogrammen erhoben werden. Die ideologische Orientierung der Parteien wurde bei der Lokalparteienbefragung von 1993⁹ anhand der Selbsteinschätzung auf der Links-rechts-Achse durch die Lokalparteipräsidentinnen und -präsidenten ermittelt. Für unsere Arbeit haben wir uns für eine andere Vorgehensweise entschieden. Durch Verwendung politischer Sachfragen anstelle der Selbstverortung als Messinstrument für die ideologische Orientierung erhoffen wir uns eine möglichst wahrheitsgetreue Abbildung der Positionierung. Als Grundlage für unser Vorgehen dient uns ein Verfahren, welches von Michael Brändle im Rahmen des Manifestoes Research Projects zur Inhaltsanalyse von Wahlprogrammen Schweizer Parteien angewandt wurde.¹⁰

Die von uns verwendeten Daten stammen aus Befragungen von Präsidentinnen und Präsidenten der Schweizerischen Lokalparteien. Als Messinstrument dient uns also anstelle von Themen aus Parteiprogrammen die Einstellung von Mitgliedern lokaler Parteien zu verschiedenen politischen Sachfragen.¹¹

Für ihre Untersuchung politischer Wahlprogramme entwickelten Laver und Budge eine Methode, um die Programminhalte auf einer Links-rechts-Skala zu verorten.¹² Bezüglich der Zuordnung der Themen zur linken und bürgerlichen Kategorie schreibt Klingemann: „The scale used here is an aggregation of all the categories that on a

⁹ Vgl. Geser u.a. (1994).

¹⁰ Vgl. Brändle (1999), S. 15f. Als Grundlagenwerk des Manifestoes Research Project diente: Budge u.a. (1987).

¹¹ Die Parteipräsidentinnen und -präsidenten hatten die Möglichkeit, bei den sachpolitischen Fragen eine der folgenden Kategorien anzukreuzen: Die aktiven Mitglieder ihrer Ortspartei 'stimmen mehrheitlich zu', 'lehnen mehrheitlich ab', 'die Meinungen sind geteilt' oder 'weiss nicht'. Es handelt sich um Frage 10 des Fragebogens der Lokalparteienbefragung 2002.

¹² Vgl. Laver und Budge (1992).

priori grounds seemed to belong on such a dimension”¹³. Die Themen wurden also ohne weitere Begründung als links beziehungsweise als rechts eingestuft.

Ähnlich haben wir aus den uns vorliegenden 21 zentralen politischen Fragen je 8 Issues ausgewählt, welche einerseits für eine typisch bürgerliche oder andererseits für eine typisch linke Einstellung charakteristisch sind. Themen, welche ökologische Fragen betreffen, haben wir bei unseren Auswertungen nicht berücksichtigt. Schaller stellt zwar eine relativ hohe Korrelation zwischen der Links-rechts- und der Grün-antigrün-Skala fest, zeigt jedoch auch eine wesentlich geringere Polarisierung der Grün-antigrün-Dimension auf im Vergleich zu derjenigen auf der Links-rechts-Skala.¹⁴ In der heutigen Zeit wird sich eher selten jemand als antigrün bezeichnen. Hätten wir die ökologischen Issues berücksichtigt, würde die Position einer rechten Partei bei unserer Berechnung dadurch möglicherweise etwas gemässiger ausfallen, falls sie sich als grün einstufen würde. Aus ähnlichen Gründen verzichteten wir für die Auswertungen auch auf die Frage nach der Gleichstellung von Mann und Frau. Wie bei den Ökologiefragen wird wohl auch hier kaum eine Contraposition zu verzeichnen sein. „Bei diesen Sachfragen geht es weniger um das 'ob' als vielmehr um das 'wie' oder allenfalls um das 'wieviel'“¹⁵.

Tabelle 1 zeigt die ausgewählten Issues und ihre Zuordnung zu den zwei Polen Links und Rechts.

Tabelle 1: Konstruktion der Links-rechts-Skala

Linke Themen	Rechte Themen
- Dafür sorgen, dass die Arbeitnehmer mehr Einfluss erhalten	- Förderung des Finanzplatzes Schweiz
- Ausbau des Mieterschutzes	- Verringerung der Steuerbelastung
- Beitritt der Schweiz zur EU	- Dafür sorgen, dass der Staat nicht immer mehr reglementiert
- Abschaffung des Bankgeheimnisses	- Für den Bau einer zweiten Gotthardröhre
- Verstärkte Besteuerung hoher Einkommen	- Verringerung der Sozialausgaben
- Für eine Schweiz ohne Armee	- Verschärfung der Asylgesetzgebung

¹³ Klingemann u.a. (1994), S. 39.

¹⁴ Vgl. Schaller (1994), S. 111.

¹⁵ Ebd. S. 111.

<ul style="list-style-type: none"> - Mehr politische Rechte für AusländerInnen - Einführung der Mutterschaftsversicherung 	<ul style="list-style-type: none"> - Intensivierung der Anstrengung für die Wahrung der inneren Sicherheit (Gewalt, Kriminalität) - Möglichst weitreichende Liberalisierung staatlicher Aufgaben
---	--

Aus diesen Issues bilden wir einen Index, der die politische Orientierung der Parteien misst und jeder Lokalsektion einen genauen Wert auf der Links-rechts-Skala zuweist. Dieser Wert wurde mit Hilfe eines Summenscores berechnet: Wenn eine Lokalsektion einem bürgerlichen Issue mehrheitlich zustimmte, vergaben wir ihr einen Punkt. Wurde eine bürgerliche Frage mehrheitlich abgelehnt, wurde ein Minuspunkt verrechnet. Gerade umgekehrt ist die Punktevergabe bei den 'linken' Themen: Für die mehrheitliche Zustimmung gab es einen Minus-, für die mehrheitliche Ablehnung einen Pluspunkt. Wenn die Parteipräsidenten angaben, dass die Meinungen geteilt seien, erhielten sie für das betreffende Issue 0 Punkte. Schliesslich haben wir die Punkte pro Partei zusammengezählt und den Score durch die Anzahl der beantworteten Issues geteilt. So gelang es auch, jene Issues ausschliessen, bei welchen ein 'weiss nicht' angekreuzt wurde. Aus den Berechnungen resultiert eine Links-rechts-Skala, welche Werte von '-1' bis '1' annimmt. Jeder Lokalsektion kann so ein Wert für ihre ideologische Orientierung zugeordnet werden. '-1' steht für eine extrem linke, '1' für eine extrem rechte Position.

4 Analyse der ideologischen Orientierung und parteiinterne Homogenität

In diesem Kapitel sollen nicht primär Unterschiede in der Positionierung zwischen verschiedenen Parteien, sondern Unterschiede in der Links-rechts-Orientierung zwischen den Lokalsektionen der gleichen Partei untersucht werden. Es geht also nicht so sehr darum, festzustellen, dass sich beispielsweise die SP bezüglich bestimmten politischen Sachfragen links von der FDP positioniert. Vielmehr interessiert uns die Frage, ob es innerhalb einer Partei Lokalsektionen gibt, die bestimmte politische Fragen deutlich stärker befürworten oder ablehnen als andere.

Wir wollen aufzeigen, welche Partei am homogensten Position bezieht zu aktuellen politischen Fragen. Weiter untersuchen wir, wo die Unterschiede in der Positionierung innerhalb einer Partei auftreten und auf was für Faktoren diese Heterogenität zurückzuführen sein könnte.

4.1 Kantonale Unterschiede

4.1.1 Kantonale Verankerung der Parteien

Das schweizerische Parteiwesen zeichnet sich durch eine starke kantonale Verankerung aus. Sowohl ältere Übersichten¹⁶ als auch neuere Untersuchungen weisen mehrfach darauf hin, dass die Kantonalparteien deutlich stärker sind als ihre nationalen Parteiorganisationen¹⁷. So hält beispielsweise Geser fest, „dass sich die Bundesorganisation als relativ loses Konglomerat autonomer Kantonalparteien konstituiert“¹⁸. Man kann die Schwäche der nationalen Organisationen mit den sprachlichen, wirtschaftlichen und konfessionellen Eigenheiten der Schweizer Kantone zu erklären versuchen. Der ausgeprägte Föderalismus trägt dazu bei, dass die Herausbildung von starken nationalen Parteien erschwert und stattdessen die kantonale Verankerung betont wird. Je nach Kanton finden wir eine unterschiedliche Parteienzusammensetzung vor, die gleiche Partei repräsentiert in unterschiedlichen Kantonen oft

¹⁶ Vgl. beispielsweise Neidhart (1986), S. 41 oder Gruner (1984), S. 151.

¹⁷ Vgl. Ladner (2002), S. 236.

¹⁸ Geser (1994), S. 30f.

auch eine andere Bevölkerungsschicht. Ladner¹⁹ spricht dabei von 26 verschiedenen Parteiensystemen, die in der Schweiz aufeinander treffen.

Obwohl Geser darauf verweist, dass die vergleichsweise starken Kantonalparteien „relativ wenig Führung und Jurisdiktion“²⁰ auf die Lokalsektionen ausüben und dass diese bei der Meinungsbildung über lokalpolitische Fragen weitgehend auf sich selbst angewiesen bleiben, möchten wir diesen kantonalen Zusammenhang etwas näher beleuchten. Gibt es parteiintern starke kantonale Unterschiede in der Stellungnahme der Lokalsektionen zu allgemein bekannten politischen Sachfragen?

Diesen Fragen wollen wir im folgenden Kapitel nachgehen.

4.1.2 Links-rechts-Positionierung

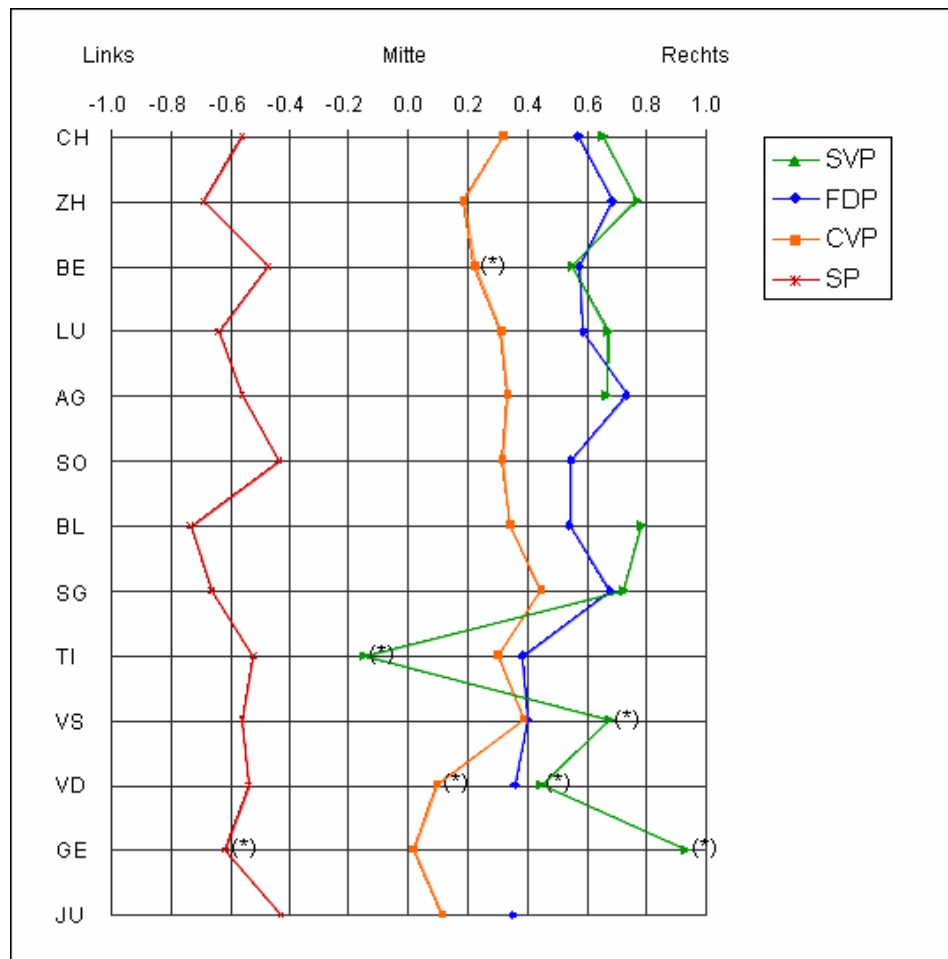
Anhand der Einstellung der Lokalsektionen zu unterschiedlichen politischen Issues haben wir, wie weiter oben im Kapitel 3 erläutert, eine Verortung der Lokalsektionen auf der Links-rechts-Skala vorgenommen. In einem ersten Schritt wurden nun die Positionswerte jeder Lokalsektion innerhalb der Kantone zusammengefasst. So wollen wir herausfinden, ob es starke regionale Unterschiede in der Positionierung gibt, ob sich die Lokalsektionen innerhalb einer Partei in einem Kanton in ihren Äusserungen unterscheiden von den Lokalsektionen eines anderen Kantons. Abbildung 1 zeigt die berechneten Positionswerte. Dabei wird je Partei jeweils der Mittelwert der Sektionen in einem Kanton dargestellt und mit dem schweizerischen Durchschnittswert aller verfügbaren Sektionen verglichen.²¹

¹⁹ Ladner (2002), S. 236.

²⁰ Geser (1994), S. 31.

²¹ Dabei wurden, wie auch in allen folgenden Auswertungen, die Sektionen der Jungparteien Juso, Junge CVP, Junge FDP und Junge SVP in die Berechnungen miteinbezogen und ihren jeweiligen Parteien zugeordnet.

Abbildung 1: Positionswerte auf der Links-rechts-Skala in 12 Kantonen und der Schweiz *



* Werte in Klammer (*) basieren auf weniger als zehn Fällen.

Die Ergebnisse zeigen auf den ersten Blick den Graben zwischen der SP und den bürgerlichen Parteien. Wie erwartet, positioniert sich die SP deutlich links der Mitte und die bürgerlichen Parteien auf der rechten Seite. Die Ergebnisse unterscheiden sich diesbezüglich auch nicht gross von Untersuchungen, bei denen die ideologische Orientierung der Parteien mittels einer Selbsteinschätzung der Parteipräsidenten gemessen wird. Wir gehen daher davon aus, dass unsere Messung über die Issues brauchbare Resultate liefert.

Was sind die Beobachtungen bezüglich der parteiinternen Unterschiede?

Auf der linken Seite finden sich die Werte der SP Sektionen. Hier könnte man eigentlich erwarten, dass sich die Westschweizer Sektionen, die eine eher gewerkschaftlich orientierte Haltung haben, von den Sektionen aus den Städten der Deutschschweiz

mit eher postmaterialistischer Einstellung unterscheiden sollten.²² Diese Unterschiede sind, zumindest hier in der Gesamtbetrachtung der Position, nicht sichtbar. Die Westschweizer Kantone haben zwar deutlich linke Werte, in Zürich und Baselland nähern sich die Werte aber noch mehr der linken Extremposition. In den Kantonen Bern, Jura und Solothurn sind die Sektionen etwas moderater ausgerichtet und relativ zu den anderen gesehen nicht ganz so extrem.

Bei der CVP beobachten wir Werte zwischen 0,01 in Genf, was also fast die politische Mitte trifft, und 0,75 in Baselstadt. Dieser vergleichsweise hohe Wert stammt jedoch aus den Angaben nur einer Sektion, weshalb der Kanton auch nicht auf der Abbildung vermerkt ist. Werte mit hohen Abweichungen ergeben sich auch im Jura und in Neuenburg (0,63), hier wiederum nur mit einer Messung. In Zürich, der Waadt, in Genf und im Jura positioniert sich die CVP näher der Mitte. Bei den anderen Kantonen erhalten wir jeweils Werte zwischen 0,2 und 0,45, klar rechts der Mitte also, aber nur mit geringen Unterschieden.

Bei der FDP variieren die Werte der Sektionen in den meisten Kantonen um den schweizerischen Mittelwert. Klar rechter positionieren sich die Zürcher Ortsparteien, wir finden also auf lokalpolitischer Ebene das von der Kantonalpartei bekannte Bild wieder: Der in Zürich verankerte Wirtschaftsflügel der FDP vertritt etwas rechtere Einstellungen als der Durchschnitt. Auf der anderen Seite zeichnet sich deutlich der Westschweizer Freisinn ab, der auch als linker Flügel der FDP gilt. Die Sektionen in den Kantonen Waadt, Wallis, Jura und auch im Tessin kommen deutlich links des FDP-Durchschnitts zu liegen, vertreten sie doch in vielen Anliegen eine etwas sozialere Haltung.

Schliesslich sehen wir bei der SVP den Konflikt zwischen Berner und Zürcher Sektionen. Wie erwartet weisen wir den Zürcher Sektionen einen 'rechteren' Positionswert zu. Erstaunlich ist, dass die SVP in vielen Kantonen der Deutschschweiz einen kaum extremeren Wert erhält als die FDP. In Bern und St.Gallen sind die Werte fast deckungsgleich, im Aargau und im Tessin erhält die SVP einen deutlich 'linkeren' Wert als die FDP. Der Wert aus dem Kanton Tessin beruht jedoch nur auf den Angaben einer einzigen Sektion und ist insofern nicht repräsentativ für den Kanton. Es finden sich aber auch Werte der SVP, die deutlich rechter von denjenigen der FDP liegen. Dies trifft zu für das Wallis oder den Kanton Baselland, wie auch für die meisten der

²² Vgl. Ladner und Brändle (2001), S. 261.

hier nicht aufgeführten Kantone. Der Extremwert aus Genf, welcher ebenfalls auf den Angaben nur einer einzigen Sektion beruht, sollte nicht überbewertet werden.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass sich die Parteien intern in ihren Positionen von Kanton zu Kanton unterscheiden. Obwohl die Unterschiede teilweise nicht sehr gross sind, existieren doch einige Ausreisser oder zumindest sichtbare regionale Tendenzen innerhalb einer Partei, die dies bestätigen. Im nächsten Abschnitt wollen wir einen Schritt weiter ins Detail gehen und die Issues einmal einzeln betrachten. Dies liefert uns Erkenntnisse, bei welchen Issues eine Partei geschlossen auftritt und bei welchen unterschiedliche Einstellungen vorhanden sind. Zudem wird so deutlich, in welchen Kantonen die Sektionen vom Parteidurchschnitt abweichen und aufgrund welcher Issues solche Abweichungen entstehen.

4.1.3 Parteiinterne Unterschiede in politischen Sachfragen

Wir wollen für die Bundesratsparteien aufzeigen, bei welchen sachpolitischen Themen parteiintern Meinungsunterschiede auftreten und wie gross diese sind. Die nachfolgenden Tabellen 2 bis 5 sollen einen Überblick darüber verschaffen, wie homogen beziehungsweise heterogen die jeweils betrachtete Partei in einzelnen politischen Themen auftritt. Die Werte zeigen den prozentualen Anteil der Lokalsektionen derselben Partei in einem bestimmten Kanton, bei welchen die Parteipräsidentinnen und -präsidenten angaben, dass die Mehrheit der Mitglieder ihrer Partei dem betreffenden Issue zustimmt. In der letzten Spalte der Tabellen ist jeweils für jedes Issue der gesamtschweizerische Durchschnittswert über alle Lokalsektionen einer Partei ersichtlich. Als relevante Unterschiede definieren wir Abweichungen von mehr als 15 Prozent Zustimmung vom Durchschnittswert.²³ In der Tabelle wurden nur eine Auswahl derjenigen Kantone aufgeführt, in denen Daten von mindestens 10 Lokalparteien zur Verfügung standen. Da nicht alle Parteien in den Kantonen gleich vertreten sind, werden je nach Partei unterschiedliche Kantone kommentiert. Der Übersichtlichkeit halber werden auch nicht alle Issues aufgelistet, sondern einige ausgewählt und diskutiert.

²³ Vgl. Klöti (1998), S. 53.

4.1.3.1 Sozialdemokratische Partei (SP)

Tabelle 2: Zustimmung in % zu verschiedenen Issues bei der SP nach Kantonen²⁴

Issue	BE	SO	AG	ZH	LU	SZ	TI	VS	FR	VD	NE	JU	CH
Förderung des Finanzplatzes	9	14	12	5	17	0	15	12	11	10	0	22	9
Erhöhung des Arbeitnehmereinflusses	97	95	98	92	100	91	74	94	100	100	83	100	94
Verringerung der Steuerbelastung	33	35	20	2	14	18	12	33	26	40	21	67	24
Ausbau des Mieterschutzes	83	85	89	84	100	73	91	88	90	100	89	83	88
Dafür sorgen, dass der Staat nicht mehr reglementiert	20	13	12	5	0	27	7	22	30	16	24	20	13
Beitritt der Schweiz zur EU	71	70	69	91	93	55	49	67	100	86	89	67	76
Verringerung der Sozialausgaben	8	5	2	2	0	0	4	24	26	33	26	64	9
Verstärkte Besteuerung hoher Einkommen	88	95	98	94	92	91	89	94	90	85	68	100	91
Mehr Anstrengungen für die innere Sicherheit	42	59	45	23	39	30	35	28	22	33	29	40	36
Mehr politische Rechte für AusländerInnen	49	45	58	81	85	46	55	72	68	81	89	82	65
Einführung der Mutterschaftsversicherung	95	98	91	96	100	100	98	100	100	95	100	83	96
Mögl. weitreichende Liberalisierung staatl. Aufgaben	2	7	4	3	0	0	9	0	0	0	5	0	3

Wenn wir die Werte in der Tabelle 2 betrachten, stellen wir fest, dass bei einigen der aufgeführten sachpolitischen Themen keine relevanten Abweichungen vom schweizerischen Durchschnittswert zu verzeichnen sind. Die SP Lokalsektionen vertreten bei den Fragen zur Förderung des Finanzplatzes, zum Ausbau des Mieterschutzes, der Einführung einer Mutterschaftsversicherung und der möglichst weitreichenden Liberalisierung staatlicher Aufgaben ziemlich einheitliche Meinungen. Bezüglich dieser Themen kann man von einer homogenen SP sprechen, die prozentuelle Abweichung vom Durchschnittswert beträgt in keinem Kanton mehr als 15%.

Bei anderen Issues zeigt sich ebenfalls weitgehende Einigkeit abgesehen von den Lokalsektionen in einem oder zwei Kantonen, deren Werte von den übrigen abweichen. Bei der Frage nach der Erhöhung des Arbeitnehmereinflusses sind es die Lokalparteien des Kantons Tessin, welche weniger stark zustimmen als diejenigen der übrigen aufgeführten Kantone. Beim Issue 'Dafür sorgen, dass der Staat nicht mehr reglementiert', sind es die Sektionen des Kantons Freiburg welche eine grössere Zu-

²⁴ Die Werte in den Tabellen 2 bis 5 wurden auf ganze Zahlen gerundet.

stimmung, bei der verstärkten Besteuerung hoher Einkommen die Neuenburger Lokalparteien, welche einen deutlich geringeren Wert aufweisen.

Grössere Meinungsunterschiede findet man bei vier der aufgeführten Issues. Bei zwei dieser sachpolitischen Streitfragen erkennt man eine Spaltung zwischen der deutschen und der Westschweiz. Es handelt sich dabei um die Fragen nach der Verringerung der Sozialausgaben und mehr politischen Rechten für AusländerInnen. Das erste Issue wird von den Sektionen der hier aufgeführten Westschweizer Kantone inklusive dem Wallis, dem Jura und Freiburg viel stärker befürwortet als von denjenigen der anderen Kantone. Bei mehr politischen Rechten für AusländerInnen sind es die Kantone Waadt, Neuenburg und der Jura, sowie Zürich und Luzern, welche eine befürwortendere Einstellung haben gegenüber dieser Frage. Grössere Differenzen gibt es auch bei der Frage nach der Verringerung der Steuerbelastung. Hier zeigen die Zürcher Ortsparteien eine weit kritischere Haltung als die Sektionen im Kanton Jura. Ebenfalls zwei unterschiedliche Werte sind bei der EU-Beitrittsfrage zu verzeichnen. Während im Kanton Tessin nur knapp die Hälfte der Lokalsektionen einem Beitritt zustimmt, sprechen sich im Kanton Freiburg sämtliche befragte Ortsparteien dafür aus. Es existieren also durchaus gewisse Streitpunkte, in denen sich die SP nicht eindeutig zu positionieren vermag.

4.1.3.2 Freisinnig-Demokratische Partei (FDP)

Die Lokalsektionen der FDP weisen in ihren Einstellungen zu den einzelnen sachpolitischen Themen auf den ersten Blick eine etwas geringere Homogenität auf als diejenigen der SP. Tabelle 3 zeigt, dass lediglich die Frage nach den Anstrengungen für innere Sicherheit geschlossen von allen Sektionen mit grosser Mehrheit befürwortet wird. Geschlossenheit findet sich auch bei der verstärkten Besteuerung hoher Einkommen und bei mehr politischen Rechten für AusländerInnen.

Bei den Fragen 'Förderung des Finanzplatzes', 'Dafür sorgen, dass der Staat nicht mehr reglementiert', und 'Verringerung der Sozialausgaben' sind die Meinungen der Mitglieder der Lokalsektionen in den aufgeführten Kantonen zwar auch ziemlich homogen, es finden sich aber jeweils einige Ausreisser. Gegenüber der Förderung des Finanzplatzes sind einzig die Lokalparteien in den Kantonen Neuenburg, Baselland und Waadt weniger positiv eingestellt als andere FDP Parteien auf kommunaler Ebene. Der Reglementierung durch den Staat stehen die Tessiner Sektionen ein we-

nig freundlicher gegenüber als die übrigen. Auch wenn es um die Verringerung der Sozialausgaben geht, unterscheidet sich der Kanton Tessin von den anderen mit einem geringeren Wert der Zustimmung.

Tabelle 3: Zustimmung in % zu verschiedenen Issues bei der FDP nach Kantonen

Issue	BE	SO	BL	AG	ZH	LU	TI	VS	FR	VD	NE	JU	CH
Förderung des Finanzplatzes	94	91	67	98	97	93	81	80	89	73	64	85	90
Erhöhung des Arbeitnehmereinflusses	8	21	6	6	6	21	19	16	12	12	0	31	12
Verringerung der Steuerbelastung	92	86	88	91	91	84	63	75	78	75	75	100	86
Ausbau des Mieterschutzes	5	2	0	4	0	12	31	11	0	20	18	39	9
Dafür sorgen, dass der Staat nicht mehr reglementiert	84	96	81	93	97	93	64	90	100	79	92	85	88
Beitritt der Schweiz zur EU	32	16	31	11	14	10	17	40	6	58	75	39	21
Verringerung der Sozialausgaben	64	64	73	83	83	81	36	60	88	50	67	85	69
Verstärkte Besteuerung hoher Einkommen	7	12	7	2	0	21	17	20	6	13	9	18	9
Mehr Anstrengungen für die innere Sicherheit	82	93	88	87	79	91	92	90	89	85	91	83	86
Mehr politische Rechte für AusländerInnen	5	2	0	2	5	2	2	0	0	11	9	15	4
Einführung der Mutterschaftsversicherung	19	22	33	6	13	13	39	60	28	46	42	69	23
Möglichst weitreichende Liberalisierung staatl. Aufgaben	55	40	50	67	73	54	15	30	39	22	25	17	50

Bei der überwiegenden Zahl der Issues gibt es jedoch innerhalb der FDP teilweise grosse Meinungsverschiedenheiten. In vielen Fällen verlaufen die Konfliktlinien entlang der Sprachgrenze. Das heisst es gibt zwei grosse Blöcke: auf der einen Seite stehen die Lokalparteien der Deutschschweizer Kantone Bern, Solothurn, Basel-Land, Aargau und Zürich, und auf der anderen diejenigen der Westschweizer Kantone Waadt und Neuenburg, zu denen sich je nach Thema auch solche der Kantone Tessin, Wallis, Freiburg oder Jura gesellen.

Am deutlichsten sind die Differenzen bei den Themen 'Ausbau des Mieterschutzes', 'Beitritt zur EU', 'Einführung der Mutterschaftsversicherung' und 'Möglichst weitreichende Liberalisierung staatlicher Aufgaben'. Der Ausbau des Mieterschutzes wird von den Lokalsektionen in den Kantonen Tessin und Jura viel stärker unterstützt als in den anderen Kantonen. Für einen Beitritt zur EU sprechen sich die Waadtländer und Neuenburger Sektionen aus, die Walliser und die Jurassischen Sektionen errei-

chen immerhin eine Zustimmung von 40%. Der Einführung der Mutterschaftsversicherung stimmen die Sektionen im Wallis und im Jura zu, während dieses Thema in den anderen Kantonen mehr oder weniger deutlich abgelehnt wird. Eine möglichst weitreichende Liberalisierung staatlicher Aufgaben wird vor allem von den Zürchern und Aargauern befürwortet.

4.1.3.3 Christlich-Demokratische Volkspartei (CVP)

Tabelle 4: Zustimmung in % zu verschiedenen Issues bei der CVP nach Kantonen

Issue	SO	AG	ZH	TG	SG	LU	SZ	GR	TI	VS	GE	JU	CH
Förderung des Finanzplatzes	66	61	69	94	74	72	81	86	82	84	56	60	74
Erhöhung des Arbeitnehmereinflusses	53	24	34	18	15	29	13	20	27	16	56	33	28
Verringerung der Steuerbelastung	76	64	76	72	74	76	53	53	78	74	100	64	74
Ausbau des Mieterschutzes	29	18	28	6	8	18	0	14	47	29	65	50	27
Dafür sorgen, dass der Staat nicht mehr reglementiert	78	83	65	56	77	79	71	93	60	68	62	64	73
Beitritt der Schweiz zur EU	15	21	38	24	8	25	0	0	12	11	72	91	22
Verringerung der Sozialausgaben	27	28	27	61	56	30	40	43	28	71	75	40	40
Verstärkte Besteuerung hoher Einkommen	31	24	29	27	29	41	27	20	33	31	35	18	30
Mehr Anstrengungen für die innere Sicherheit	93	89	89	94	93	88	82	93	92	81	60	40	88
Mehr politische Rechte für AusländerInnen	7	6	11	0	3	4	12	0	1	3	32	55	7
Einführung der Mutterschaftsversicherung	59	54	77	50	43	55	12	27	73	54	85	100	59
Mögl. weitreichende Liberalisierung staatl. Aufgaben	13	16	11	19	14	18	13	0	14	9	13	20	15

Definieren wir Homogenität über nicht mehr als 15% Abweichung vom Durchschnittswert, sehen wir bei zwei Issues in Tabelle 4 Geschlossenheit: Bei der verstärkten Besteuerung hoher Einkommen und der möglichst weitgehenden Liberalisierung staatlicher Aufgaben. In den meisten Fällen gehen die Meinungen der Ortsparteien zu den sachpolitischen Themen aber auseinander.

Auffallend ist, dass die Einstellungen der Lokalsektionen des Kantons Genf bei vielen Issues von denjenigen der übrigen aufgeführten Kantone abweichen. Eine deutlich grössere Zustimmung haben die Genfer Sektionen bei den Themen Verringerung der Steuerbelastung, Ausbau des Mieterschutzes, EU Beitritt, politische Rechte für Ausländer wie auch Einführung der Mutterschaftsversicherung. Ähnliche oder sogar hö-

here Zustimmungen zu den erwähnten Issues finden sich im Kanton Jura. Die Frage bezüglich der inneren Sicherheit hingegen wird im Jura und in Genf deutlich weniger stark befürwortet. Auch bei der CVP zeigen sich also in verschiedenen Issues Unterschiede entlang der Sprachgrenze.

4.1.3.4 Schweizerische Volkspartei (SVP)

Tabelle 5: Zustimmung in % zu verschiedenen Issues bei der SVP nach Kantonen

Issue	BE	BL	AG	ZH	SH	LU	SG	TG	GR	CH
Förderung des Finanzplatzes	75	69	91	87	94	86	100	77	67	82
Erhöhung des Arbeitnehmereinflusses	18	9	21	10	22	8	9	13	13	15
Verringerung der Steuerbelastung	75	93	93	94	88	100	100	93	60	86
Ausbau des Mieterschutzes	11	0	16	5	24	18	15	0	8	11
Dafür sorgen, dass der Staat nicht mehr reglementiert	92	93	80	91	94	100	92	100	86	89
Beitritt der Schweiz zur EU	3	0	2	0	0	0	0	0	0	1
Verringerung der Sozialausgaben	60	86	74	91	89	46	92	89	71	75
Verstärkte Besteuerung hoher Einkommen	30	8	16	7	35	15	8	26	31	21
Mehr Anstrengungen für die innere Sicherheit	88	93	95	99	100	92	100	100	93	94
Mehr politische Rechte für AusländerInnen	2	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Einführung der Mutterschaftsversicherung	12	0	0	2	6	8	0	0	0	7
Mögl. weitreichende Liberalisierung staatl. Aufgaben	25	62	31	53	44	39	31	31	15	34

Die Werte in Tabelle 5 deuten auf eine ziemlich homogene SVP hin. Bei fast allen aufgeführten Issues sind kaum Meinungsverschiedenheiten ersichtlich. Einzig bei den Fragen nach der Verringerung der Sozialabgaben und der möglichst weitgehenden Liberalisierung staatlicher Aufgaben sind Differenzen zu verzeichnen. Im ersten Fall weichen die Zustimmungswerte der Lokalsektionen der Kantone Luzern und Bern mit mindestens 15 Prozent vom Durchschnitt ab. Im zweiten Fall befürworten die Zürcher- und Baslersektionen eine Liberalisierung stärker und die Ortsparteien Graubündens schwächer als der Durchschnitt.

Beim Betrachten der Tabelle fällt zudem auf, dass sich die Meinungen der Lokalparteien des Kantons Bern verschiedentlich unterscheiden von denjenigen der übrigen Sektionen. Ein EU Beitritt, mehr politische Rechte für Ausländer und die Einführung der Mutterschaftsversicherung werden beispielsweise von den Bernern stärker befürwortet. Der Verringerung der Sozialausgaben und der Liberalisierung staatlicher Aufgaben stehen sie skeptischer gegenüber als Sektionen in anderen Kantonen.

Zusammenfassend kann man sagen, dass die Einstellungen der Lokalsektionen der jeweils betrachteten Parteien keineswegs immer homogen sind. Zum Teil sind von Kanton zu Kanton grosse Unterschiede zu verzeichnen. Bezüglich einigen sachpolitischen Themen lässt sich eine Spaltung zwischen der deutschen und der welschen Schweiz ausmachen. Manchmal sind es auch die Lokalsektionen nur eines oder weniger Kantone, welche sich von den übrigen in ihrer Meinung unterscheiden.

Vergleicht man die betrachteten Parteien untereinander, so fällt auf, dass die Lokalsektionen der SVP eine grössere Geschlossenheit aufweisen als die Sektionen der drei anderen betrachteten Parteien. Gerade in der Frage des EU-Beitritts spalten sich die Meinungen der Sektionen der anderen Parteien, während die SVP hier sehr homogen auftritt. Bei der FDP sind es vielfach soziale Themen wie die Mutterschaftsversicherung oder der Mieterschutz, welche die Sektionen spalten. Bei der SP hingegen finden sich die Meinungsunterschiede vor allem im Bereich der Steuerbelastung und der Höhe der Sozialausgaben. In all diesen Themen vertritt die SVP eine weit geschlosseneren Haltung.

Diese bisher gemachten Feststellungen sollen im folgenden Kapitel genauer unter die Lupe genommen werden. Durch empirische Auswertungen wollen wir prüfen, wie homogen beziehungsweise heterogen die erwähnten Parteien tatsächlich sind. Die unterschiedlichen Einstellungen existieren ja nicht nur von Kanton zu Kanton, sondern finden sich generell innerhalb der Parteien. Wir messen daher im folgenden Abschnitt die Homogenität innerhalb einer Partei, ohne die Sektionen den Kantonen zuzuordnen. Darüber hinaus wird nach Erklärungsvariablen für diese Eigenschaften gesucht.

4.2 Analyse der Heterogenität auf gesamtschweizerischer Ebene anhand verschiedener Hypothesen

4.2.1 Ausgangslage

Wenn parteiinterne Homogenität gemessen wird, so geschieht dies meist über eine Untersuchung anhand der Anzahl abweichender Abstimmungsparolen der Kantonalparteien. Wir möchten nun die Homogenität auf lokalpolitischer Ebene messen, indem wir die Geschlossenheit der Einstellungen zu politischen Sachfragen innerhalb

einer Partei untersuchen. Als Messinstrument dienen uns dabei die Standardabweichungen aus den Berechnungen zur politischen Positionierung der Lokalsektionen.

Eine erste Übersicht über die interne Heterogenität der Parteien liefert Tabelle 6.

*Tabelle 6 : Einstufung der Lokalsektionen zwischen links (-1) und rechts (+1)²⁵, (Prozentuale Verteilung)**

	links						rechts					
	-1	-0.8	-0.6	-0.4	-0.2	0	0.2	0.4	0.6	0.8	1	
FDP				(0.3)	(1.7)	5.3	15.2	26.3	34.0	17.2		
CVP		(0.5)	(0.3)	(1.2)	8.3	21.3	29.7	28.3	8.8	(1.7)		
SVP	(0.1)	(0.1)			(0.6)	(2.1)	9.9	22.3	34.1	30.7		
SP	19.5	31.4	26.3	11.6	6.5	4.0	(0.6)			(0.2)		

* Die in Klammer gesetzten Prozentzahlen basieren auf weniger als zehn Fällen

Die Bundesratsparteien sind keinesfalls homogene Gebilde. Tabelle 6 zeigt für jede der Bundesratsparteien, wie sich die jeweiligen Lokalsektionen anhand der Issues zwischen links und rechts einordnen lassen. Die Zahlen zeigen die prozentuale Verteilung der Ortsparteien auf einer Links-rechts-Achse von -1 bis +1.

In der FDP finden sich einzelne Sektionen, die überraschenderweise eine linke Position einnehmen als auch solche, die den Extremwert auf der rechten Seite einnehmen (Wert 1), was bedeutet, dass sie allen bürgerlichen Issues voll zustimmen und alle linken Postulate ablehnen. Breit gestreut sind ebenfalls die Positionswerte der CVP. Nur eine Sektion weist hier zwar den Extremwert auf der rechten Seite auf (1), dafür finden wir viele Ausreisser deutlich auf der linken Seite. Bei der SVP finden sich die meisten Lokalsektionen zwischen den Werten 0,4 und 1 wieder, wir sehen hier auch deutlich die stärkste Ausrichtung gegen rechts. Erstaunlich ist aber auch bei dieser Partei, dass sich doch einige wenige Sektionen in der Mitte, beziehungsweise links der Mitte einfinden. Das gespiegelte Bild zeichnet sich bei der SP ab. Der grösste Teil der Sektionen positioniert sich klar links, für die Heterogenität spricht

²⁵ Werte, die genau zwischen zwei Kategorien liegen, wurden je zur Hälfte der Kategorie rechts und links nebenan zugerechnet.

aber, dass die SP-Sektionen das ganze Spektrum links der Mitte abdecken und sich auch einige Ausreisser rechts der Mitte befinden.

Es existieren also in allen bürgerlichen Parteien Sektionen, die wir als linker einstuft als gewisse Sektionen der SP. Ebenso gibt es SP-Sektionen, die wir weiter rechts einstuft als grosse Anteile der FDP, SVP oder CVP. Die Bundesratsparteien sind also keine ideologisch geschlossenen Blöcke.

4.2.2 Hypothesen

Um die Heterogenität der Parteien untersuchen und vergleichen zu können, haben wir nach Faktoren gesucht, welche diese Meinungsunterschiede erklären könnten.

Wir können uns vorstellen, dass der Organisationsgrad, beziehungsweise die Zentralisierung einer Partei, einen Einfluss haben könnte auf die Geschlossenheit der Aussagen einer Partei. Als weitere Erklärungsvariablen für die parteiinterne Heterogenität ziehen wir auch die jeweilige Gemeindegrösse einer Sektion oder die Anzahl der in der Gemeinde politisch tätigen Parteien in Betracht.

Aus diesen Erklärungsfaktoren haben wir die folgenden Hypothesen abgeleitet:

Hypothese 1: Je zentralisierter eine Partei organisiert ist, desto homogener sind die Meinungen der Lokalsektionen bezüglich zentralen politischen Fragen.

Wir begründen diese Hypothese mit der Annahme, in zentralisierten Parteien seien die lokalen Sektionen weniger autonom, weniger unabhängig von der übergeordneten Parteiorganisation und somit auch deutlich homogener in ihrer politischen Positionierung. Die SP gilt als die am stärksten zentralisierte Partei²⁶, wir erwarten daher hier auch die grösste Homogenität. Ihre Lokalsektionen sollten sich also untereinander deutlich weniger unterscheiden als die Lokalsektionen der bürgerlichen Parteien. Die Annahme, dass die SP die am stärksten zentralisierte Partei ist, begründen wir damit, dass sie als einzige Partei über ein zentrales Mitgliederregister verfügt und die nationale Partei sich finanziell auf Kantonalparteien und Mitglieder abstützen kann.²⁷ Keine andere Bundesratspartei verfügt über eine ähnlich straffe Mitgliederorganisation. Auch gelten Parteiprogramme in linken Parteien als wichtiger und Ziele als ver-

²⁶ Vgl. Klöti (1998), S. 54 oder Ladner und Brändle (2001), S. 263.

²⁷ Vgl. Ladner und Brändle (1999), S. 18.

bindlicher, als dies in bürgerlichen Parteien der Fall ist. All diese Faktoren sprechen im Vergleich zu den anderen Bundesratsparteien für eine etwas stärkere Organisationsstruktur der SP.

Wir erwarten also bei der SP die grösste parteiinterne Homogenität.

Hypothese 2: Je weniger Parteien in einer Gemeinde vertreten sind, desto grösser sind die parteiinternen Unterschiede in der politischen Positionierung.

Wir gehen davon aus, dass eine Ortspartei umso mehr unterschiedliche Interessen und Bevölkerungsgruppen in ihrer Politik berücksichtigen muss, je weniger Parteien in der Gemeinde politisch aktiv sind. Laut Schaller weisen die Lokalsektionen kleinerer Gemeinden relativ wenig ideologisches Profil auf und unterscheiden sich in ihren Orientierungen je nach örtlichen Gegebenheiten stark voneinander.²⁸ Dieser Zusammenhang mit der Gemeindegrösse findet sich auch weiter unten in Hypothese 3 formuliert. Bei Hypothese 2 gehen wir davon aus, dass sich das geringe ideologische Profil vor allem auf Grund einer geringen Anzahl Parteien in der Gemeinde ergibt.

Daraus ergibt sich die Erwartung, dass zwischen Lokalsektionen aus Gemeinden mit kleinen Parteiensystemen deutlich grössere Unterschiede auftreten in den Einstellungen zu den Issues als zwischen Lokalsektionen einer Partei, die in einem Mehrparteiensystem verankert sind.

Hypothese 3: Mit zunehmender Gemeindegrösse werden die Lokalsektionen der gleichen Partei homogener und wenden sich mehr ihren Extrempositionen zu

Dass die Ortsparteien in grösseren Gemeinden homogener sind, begründen wir mit dem Vorhandensein eines grösseren ideologischen Profils.²⁹ In grösseren Gemeinden sind die Sektionen zudem enger mit der übergeordneten Parteiebene verflochten. Laut Schaller polarisieren die Lokalparteien der Städte eindeutiger gegeneinander und bringen stärker jene ideologischen Konturen zum Ausdruck, wie sie auf kantonalen oder nationaler Parteiebene charakteristisch sind.³⁰

²⁸ Schaller (1994), S. 116.

²⁹ Vgl. Hypothese 2.

³⁰ Vgl. Schaller (1994), S. 116f.

Die Annäherung der Sektionen an ihre Extrempositionen bzw. eine Vergrößerung der ideologischen Abstände zwischen bürgerlichen und linken Parteien begründen wir mit der Argumentation von Geser, dass mit wachsender Gemeindegrösse eine etwas härtere Polarisierung zwischen Links und Rechts entsteht. Weil zahlreiche Parteisektionen vorhanden sind, entsteht eine Parteienkonkurrenz, welche eine klarere programmatische Profilierung erzwingt.³¹

Wir erwarten in Städten und grösseren Gemeinden also geringere parteiinterne Meinungsunterschiede und eine Zunahme des ideologischen Abstandes zwischen bürgerlichen und linken Parteien.

4.2.3 Resultate

Hypothese 1

Die erste Hypothese überprüfen wir anhand der Standardabweichungen, die wir für die ausgewählten Parteien berechnet haben und welche wir als Mass für die Streuung verwenden.

Tabelle 7: Positionierung der Lokalparteien auf der Links-rechts-Achse

Partei	Mittelwert	Standardabweichung	N
SP	-.5587	.27355	532
CVP	.3151	.24679	472
FDP	.5715	.23475	575
SVP	.6519	.22405	419

Unsere Erwartung betreffend der Homogenität der Parteien bewahrheitet sich nicht, wir lehnen die erste Hypothese ab. Obwohl die SP die zentralisierteste Partei ist, weist sie im Vergleich zu den bürgerlichen Parteien nicht homogenere Strukturen auf. Vielmehr nimmt ihre Standardabweichung den höchsten Wert an, gefolgt von der CVP, FDP, SVP. Bezüglich der Geschlossenheit der Antworten können wir also die Aussage machen: Je stärker eine Partei auf der rechten Seite positioniert ist, umso homogener fallen die Einstellungen ihrer Sektionen zu politischen Sachfragen aus.

³¹ Vgl. Geser (1994), S. 388.

Erstaunlicherweise stellten Ladner und Brändle³² bei der Untersuchung der ideologischen Orientierung der Kantonalparteien 2001 fest, dass die Geschlossenheit der Antworten gerade umso geringer ist, je stärker sich eine Partei auf der rechten Seite des politischen Spektrums positioniert. Zu diesem abweichenden Resultat gelangen sie über die Selbsteinschätzung der kantonalen Parteipräsidenten. Wir wollten daher unsere Resultate ebenso vergleichen³³ mit der Selbstverortung auf der Links-rechts-Achse durch die lokalen Parteipräsidenten und gelangten zu folgendem überraschenden Resultat:

Abbildung 2: Vergleich der berechneten Positionierung mit der Selbsteinschätzung der Parteipräsidenten

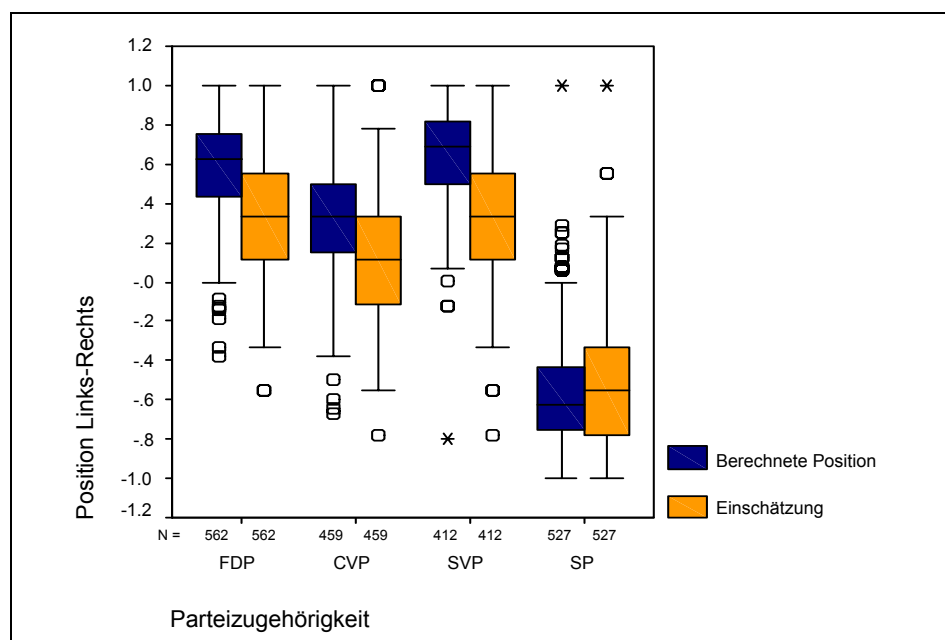


Abbildung 2 zeigt die Verortungen und Streuungen der erfassten Parteien. Während die blauen Boxplots die von uns berechneten Positionen darstellen, repräsentieren die orangen die Selbsteinschätzungen der lokalen Parteipräsidenten. Dargestellt sind Dezile und Quartile sowie die einzelnen Ausreisser. Der dicke Balken in den Boxplots entspricht dem Medianwert, d.h. die Hälfte der Sektionen liegt links davon, die andere rechts. Bezüglich der Positionierung lässt sich feststellen, dass alle erfassten Par-

³² Vgl. Ladner und Brändle (2001), S. 28.

³³ Um die unterschiedlichen Skalen der von uns berechneten Positionierung und der Selbsteinschätzung der Parteipräsidenten miteinander vergleichen zu können, wurde die von 1 bis 10 reichende 10-er Skala der Selbsteinschätzung auf eine Skala von -1 bis 1 umcodiert.

teien im Durchschnitt mit der Selbsteinschätzung zur politischen Mitte tendieren, während unsere berechneten Werte etwas extremer ausfallen. Müssen sich die Parteien also selbst auf der Links-rechts-Skala verorten, wählen sie alle eine etwas moderatere Position, als wir ihnen aufgrund ihrer Aussagen zu konkreten politischen Fragen zuteilen.

Betreffend der Homogenität der Parteien ergibt sich der oben erwähnte Zusammenhang:

Tabelle 8: Die Verortung der Lokalparteien auf der Links-rechts-Achse (Selbsteinschätzung der Parteipräsidenten)

Partei	Mittelwert	Standardabweichung	N
FDP	.2744	.25913	566
CVP	.1217	.26464	460
SVP	.3655	.26423	415
SP	-.5430	.24203	529

Tabelle 8 zeigt, dass auch auf lokaler Ebene die Selbstverortung der Parteipräsidenten eher homogener ist, je stärker sich die Partei auf der linken Seite positioniert. Die Standardabweichung der CVP übersteigt aber in unserem Fall die Werte für die FDP und die SVP. Die SP erreicht jedoch klar den geringsten Wert, die Selbsteinschätzung der SP-Lokalpräsidenten fällt also deutlich homogener aus als diejenige ihrer Kontrahenten auf der rechten Seite. Insofern deckt sich das Resultat einigermaßen mit den Ergebnissen von Ladner und Brändle.

Würden wir die politische Positionierung mittels der Selbsteinschätzung messen, müssten wir unsere Hypothese nicht verwerfen, da die SP hier die grösste Homogenität aufweist. Vergleichen wir unsere Resultate der Positionierung anhand der Issues mit der Selbsteinschätzung auf lokaler und kantonaler Ebene, kommen wir zum Schluss, dass sich linke und rechte Parteien unterscheiden, dies aber nicht unbedingt mit einer zentralisierten Organisation zusammenhängt. Tendenziell sind die Aussagen zur Selbsteinschätzung ihrer Position konsistenter bei der SP als bei den bürgerlichen Bundesratsparteien, dieses Bild dreht sich jedoch, wenn die Parteien Stellung zu bestimmten politischen Fragen nehmen sollen. Wie könnte man diese Heterogenität der SP erklären?

Wir können uns vorstellen, dass die SP als einzige Bundesratspartei links von der Mitte ein breiteres politisches Spektrum abdeckt als die bürgerlichen Parteien, und verschiedenste Interessen dieses Spektrums in ihrer Partei integrieren muss. Dies kann gerade auf lokaler Ebene zu teilweise stark unterschiedlichen sachpolitischen Aussagen führen und es ist daher auch verständlich, dass die Lokalparteien der SP untereinander deutlich heterogener sind. Klöti³⁴ erhält aus der Befragung der Kantonalparteien ähnliche Ergebnisse, er stellt fest, dass die bürgerlichen Parteien deutlich homogener sind als die SP und die Grünen, dass die SP gerade in jenem Kanton die grösste Heterogenität aufweist, wo neben ihr keine andere grössere linke Partei auftritt. Der SP ist es also einerseits gelungen, auf der linken Seite weitgehend das ganze politische Spektrum abzudecken, in der Folge weist sie aber andererseits eine relativ grosse Heterogenität auf. Auf der rechten Seite des politischen Spektrums streiten sich je nach Kanton hingegen 2 bis 3 grössere Parteien um Wählerstimmen, die bürgerlichen Parteien weisen dafür eine im Vergleich zur SP relativ grosse Homogenität auf.

Hypothese 2

Sind Parteien heterogener in Gemeinden mit geringer Parteienzahl?

Um diese Hypothese zu testen, haben wir eine Variable zur Grösse des Parteiensystems verwendet. Leider existieren nicht von allen Sektionen Daten zu dieser Fragestellung, von jeder Bundesratspartei bleiben knapp 300 Sektionen, bei denen wir wissen, ob sie sich in einem Ein- Zwei- Drei oder Vierparteiensystem befinden. Der Einfachheit halber wurde nicht unterschieden, um welche Zusammensetzung von Parteien es sich handelt, sondern rein beachtet, wie viele Parteien in der jeweiligen Gemeinde politisch aktiv sind. Wenn eine FDP-Sektion also angegeben hat, in ihrer Gemeinde gebe es ein 2-Parteiensystem zusammen mit der SP, so hat uns nur die Anzahl der Parteien, also 2, interessiert, und nicht, dass es sich bei der zweiten Partei um eine Sektion der SP handelt:

³⁴ Vgl. Klöti (1998), S. 68.

Unsere Ergebnisse sehen wie folgt aus:

Abbildung 3: Standardabweichungen bei der Positionierung auf der Links-rechts-Achse nach Partei und Parteiensystem

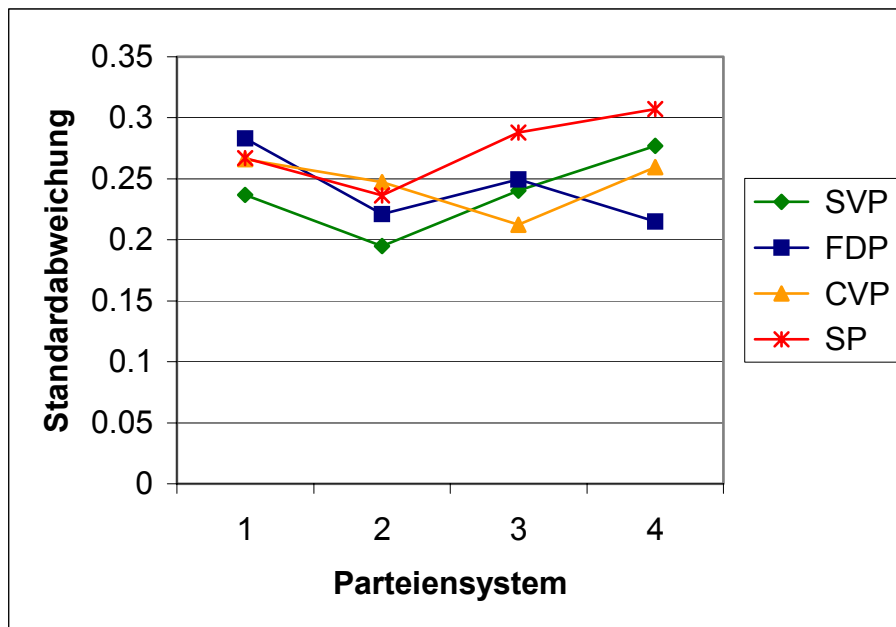


Abbildung 3 zeigt die unterschiedlichen Standardabweichungen nach Grösse des Parteiensystems. Deutlich sichtbar sind die Unterschiede zwischen Ein- und Zweiparteiensystem. Hier nimmt die Streuung sichtbar ab. Unsere Hypothese lässt sich aber nicht bestätigen, erstaunlicherweise nimmt in allen Parteien die Standardabweichung vom Zwei- zum Dreiparteiensystem, und bei der CVP vom Drei- zum Vierparteiensystem wieder zu. Es scheint also, dass sich die Lokalsektionen einheitlicher positionieren, wenn sie eine von zwei in der Gemeinde politisch aktiven Parteien sind. Sobald aber mehrere Parteien vorhanden sind, steigt die Heterogenität unter den Sektionen der gleichen Partei wieder deutlich an. Einzig bei der FDP ergibt sich eine geringfügige Reduktion beim Wechsel vom Drei- zum Vierparteiensystem. Die Positionierung ist also einheitlicher, wenn nur 1 Konkurrent vorhanden ist. Die Hypothese, wonach die Sektionen einheitlichere Positionen einnehmen bei grösserer Parteienkonkurrenz, wird verworfen.

Hypothese 3

In unserer dritten Hypothese haben wir die Annahme getroffen, dass die Lokalsektionen der Parteien mit zunehmender Gemeindegrösse in sich geschlossener werden bezüglich ihrer Einstellung zu sachpolitischen Fragen. Weiter erwarten wir, dass sich die Parteien mit zunehmender Gemeindegrösse näher ihren Extrempositionen befinden, sich also der ideologische Abstand zwischen Links- und Rechtsausenpartei vergrössert.

Abbildung 4: Standardabweichungen bei der Positionierung auf der Links-rechts-Achse nach Partei und Gemeindegrösse.

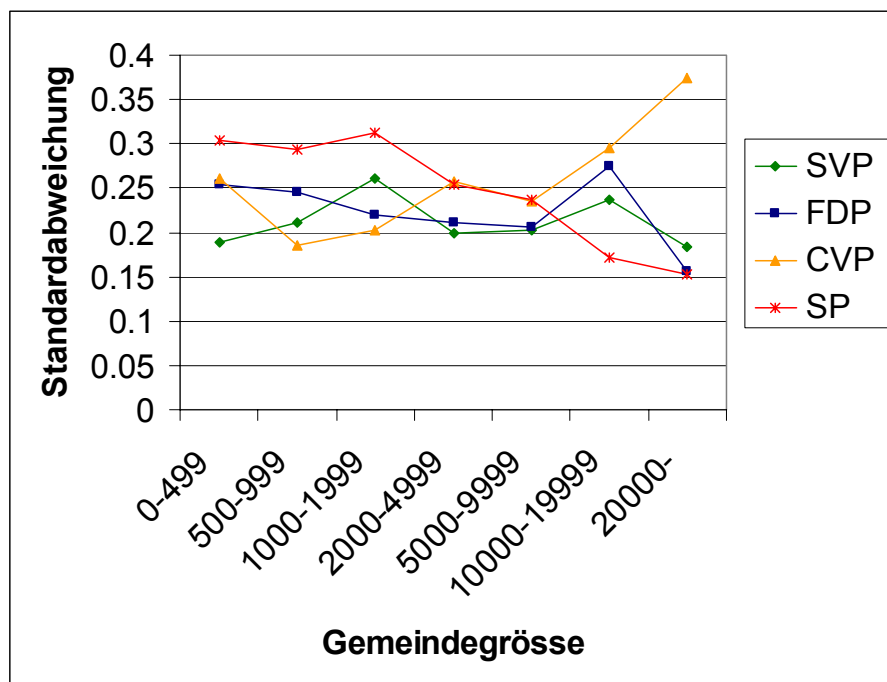


Abbildung 4 zeigt für die Sektionen der verschiedenen Gemeindegrössenklassen die Standardabweichungen der Positionswerte. Offensichtlich trifft unsere Vermutung auf die wenigsten Parteien zu. Einzig bei der SP bestätigt sich der erwartete Zusammenhang: Die kleineren Sektionen unterscheiden sich hinsichtlich ihrer ideologischen Verortung relativ stark, während die Ortsparteien grösserer Gemeinden und Städten untereinander stärker konvergieren. Auch bei der FDP nimmt die Standardabweichung mit zunehmender Gemeindegrösse ab, mit Ausnahme eines Anstiegs bei einer Einwohnerzahl zwischen 10'000 und 20'000. Die grössten Schwankungen sind bei der CVP zu verzeichnen. Hier ist eher ein gegenläufiger Trend sichtbar. Gerade

ab einer Gemeindegrösse von 10'000 Einwohnern unterscheiden sich die Sektionen derselben Partei relativ weitgehend voneinander. Bei der SVP ist kein klarer Trend ersichtlich, die Unterschiede zwischen den Sektionen der kleinsten und den sehr grossen (mehr als 20'000 Einwohner) Gemeinden sind jeweils am kleinsten.

Schaller hat bei der Lokalparteienbefragung von 1993 den Zusammenhang bestätigen können, dass sich kleinere Sektionen stärker voneinander unterscheiden als Gruppierungen grösserer Städte³⁵. Dieses Resultat erhält er wiederum über die Selbstverortung der Parteipräsidenten auf der Links-rechts-Skala. Zu Vergleichszwecken haben wir unsere Hypothese daher auch mit der Selbsteinschätzung der Positionierung auf der Links-rechts-Achse verglichen. Es ergab sich aber kein klar ersichtlicher Trend, die Resultate von Schaller können aus unserer Sicht mit den neuen Daten nicht bestätigt werden.

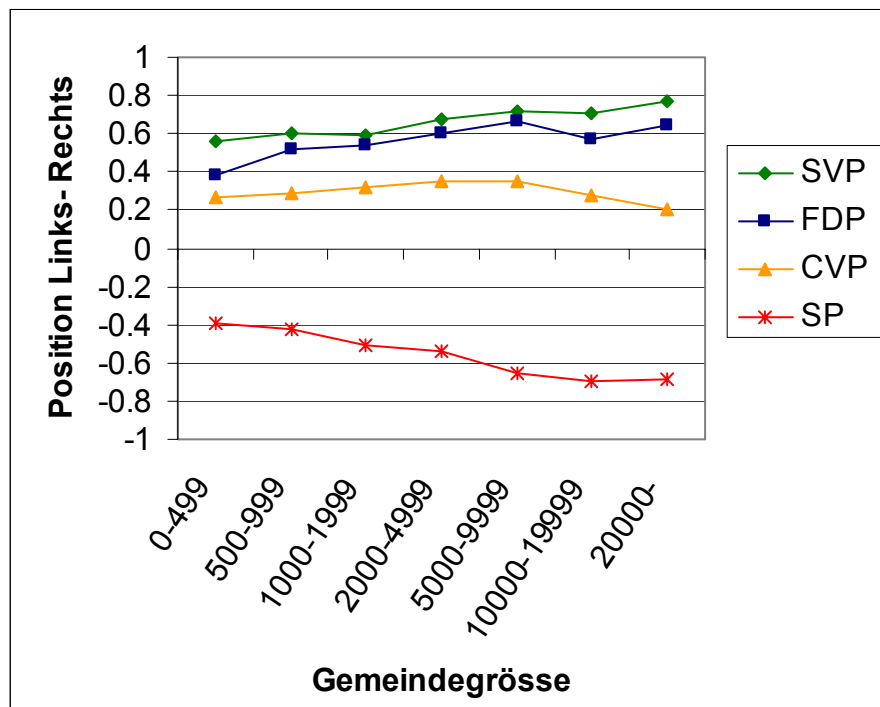
Aus unseren Ergebnissen schliessen wir, dass die ideologische Geschlossenheit von Parteien relativ unabhängig von der Gemeindegrösse sein muss, zumindest was die bürgerlichen Parteien anbelangt.

³⁵ Vgl. Schaller (1994), S. 119.

Bei der Frage nach der Vergrößerung der ideologischen Abstände können wir einen Trend im Sinne unserer Hypothese feststellen. Abbildung 5 bestätigt, dass die Lokal-sektionen der SVP und der FDP stärker zum rechten Pol hindriften, je grösser die Gemeinde ist, während die SP auf der Skala tendenziell nach links rutscht.

Die CVP kann sich zwar nicht einer Extremposition annähern, aber sie gewinnt schärfere Konturen und kann sich durch die grössere ideologische Distanz zu den bürgerlichen Parteien und der SP stärker als 'Partei der Mitte' profilieren.

Abbildung 5: Positionierung auf der Links-rechts-Achse nach Partei und Gemeindegrosse.



Die Gemeindegrosse scheint sich also im erwarteten Zusammenhang auf die ideologische Verortung auszuwirken. Die parteiinterne Homogenität lässt sich aber mit der Gemeindegrosse nicht erklären. Gerade bei den bürgerlichen Parteien trifft der erwartete Zusammenhang zwischen Homogenität der ideologischen Verortung und Gemeindegrosse nicht zu.

5 Fazit

Wie auf kantonaler sind auch auf lokaler Ebene parteiinterne Unterschiede in der ideologischen Orientierung zu verzeichnen. Bei unseren Betrachtungen wurde ersichtlich, dass es zwischen den Lokalsektionen einer Partei von Kanton zu Kanton zum Teil grosse Unterschiede in der Position auf der Links-rechts-Dimension gibt. Betrachten wir zusätzlich auf einer detaillierten Stufe die Einstellungen zu konkreten politischen Sachfragen, lässt sich feststellen, dass die jeweils betrachteten Parteien keineswegs immer geschlossen auftreten. Wie lässt sich diese parteiinterne Heterogenität erklären? Dass die zentralisierter organisierte SP homogener auftritt als die anderen Parteien, bewahrheitet sich nicht. Anders sieht es bei der Selbstverortung durch die Parteipräsidenten auf der Links-rechts-Skala aus: hier stellen wir bei der SP die geringste Streuung der Meinungen fest. Zudem nehmen alle Bundesratsparteien etwas weniger extreme Positionen ein als bei der Messung über die Einstellung zu sachpolitischen Fragen.

Auch die Parteienzahl und die Gemeindegrösse zeigen keinen klaren Einfluss auf die Streuung der Meinungen zu politischen Sachfragen. Die Auswirkung einer grösseren Parteienzahl oder zunehmenden Gemeindegrösse auf die Homogenität ist sicherlich nicht ganz zu verneinen, mit diesen Variablen alleine lässt sich jedoch die Heterogenität nicht erklären.

Was können wir also als Ergebnisse unserer Arbeit festhalten? Gemessen an der Einstellung zu verschiedenen politischen Sachfragen weist die SVP eindeutig die grösste Geschlossenheit auf. Betrachtet man die Zustimmungen zu zentralen politischen Fragen, ist die SVP im Vergleich zu den anderen Parteien oftmals die einzige Partei, welche bei gewissen Themen wie etwa dem EU-Beitritt eine einheitliche Meinung vertritt. Was sich im aktuellen Politikgeschehen beobachten lässt, können wir also auch anhand unserer Ergebnisse feststellen. Der Erfolgskurs der SVP ist ein in letzter Zeit viel diskutiertes Thema. Offenbar kann eine klare Haltung in bestimmten Fragen durchaus zu politischem Erfolg führen.

Obwohl Differenzen innerhalb einer Partei oftmals als Zeichen der Schwäche dargestellt werden, bleibt unklar, ob parteiinterne Konflikte oder eben heterogenes Auftreten dem Image einer Partei tatsächlich schaden, oder ob es vielleicht gerade auch deshalb gelingt, breitere Bevölkerungsschichten für die eigene Politik zu begeistern.

Literatur

BRÄNDLE, Michael (1999)

Konkordanz gleich Konvergenz? Die Links-rechts-Positionierung der Schweizer Bundesratsparteien, 1947 – 1995, in: *Swiss Political Science Review*, 1999, 5(1), S. 11-29.

BUDGE, Ian, David Robertson und Derek Hearl (1987)

Ideology, Strategy and Party Change: Spatial Analyses of Post-War Election Programmes in 19 Democracies, Cambridge 1987.

FUCHS, Dieter und Hans-Dieter Klingemann (1990)

The Left-Right-Schema, in: Jennings, M. Kent u.a., *Continuities in Political Action. A Longitudinal Study of Political Orientations in Three Western Democracies*, Berlin/ New York 1990, S. 203-234.

GESER, Hans (1994)

Die kommunalen Parteien der Schweiz als Gegenstand der soziologischen Analyse, in: Geser Hans u.a. (Hrsg.), *Die Schweizer Lokalparteien*, Zürich 1994, S. 9-37.

GESER, Hans (1994)

Das kommunale Parteiensystem im Spannungsfeld zwischen lokaler und überlokaler Politik: Zusammenfassung der Ergebnisse und Schlussfolgerungen, in: Geser Hans u.a. (Hrsg.), *Die Schweizer Lokalparteien*, Zürich 1994, S. 371-396.

GIDDENS, Anthony (1997)

Jenseits von Links und Rechts. Die Zukunft radikaler Demokratie, Frankfurt 1997.

GRUNER, Erich (1984)

Parteien, in Klöti Ulrich (Hrsg.), *Handbuch Politisches System der Schweiz*, Band 2, Bern 1984, S. 135-163.

INGLEHART, Ronald (1995)

Kultureller Umbruch. Wertwandel in der westlichen Welt, Frankfurt/ New York 1995.

KLINGEMANN, Hans-Dieter u.a. (1994)

Parties, Policies, and Democracy, Oxford 1994.

KLÖTI, Ulrich (1998)

Kantonale Parteiensysteme. Bedeutung des kantonalen Kontexts für die Positionierung der Parteien, in: Hanspeter Kriesi, Wolf Linder und Ulrich Klöti (Hrsg.), *Schweizer Wahlen 1995. Ergebnisse der Wahlstudie Selects*, Bern 1998.

LADNER, Andreas (2002)

Das Schweizer Parteiensystem und seine Parteien. In: Klöti, Ulrich u.a. (Hrsg.), *Handbuch der Schweizer Politik*, 3. überarb. Aufl., Zürich 2002, S. 211-258.

LADNER, Andreas und Michael Brändle (2001)

Die Schweizer Parteien im Wandel. Von Mitgliederparteien zu professionalisierten Wählerorganisationen? Zürich 2001.

LADNER, Andreas und Michael Brändle (1999)

Fact-Sheets zum Wandel der Schweizer Parteien. Ergebnisse aus dem Nationalfonds-Projekt „Die Schweizer Parteiorganisation im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts“, Online im Internet:: URL: http://www.kpm.unibe.ch/ladner/dokumente/arbeitspapiere/fact_sheets.pdf [Stand 21.09.2003].

LAVER, Michael J. und Ian Budge (1992)

Measuring Policy Distances and Modelling Coalition Formation, in: Laver, M. J und Ian Budge (Hrsg.), *Party Policy and Government Coalitions*, London 1992, S. 15-40.

NEIDHART, Leonhard (1986)

Funktions- und Organisationsprobleme der schweizerischen Parteien, in: *Schweizerisches Jahrbuch für politische Wissenschaft*, Bern 1986, S. 21-46.

SCHALLER, Roland (1994)

Die politischen Orientierungen der Lokalparteien, in: Geser Hans u.a. (Hrsg.),
Die Schweizer Lokalparteien, Zürich 1994, S. 107-135.